

# Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tagesblatt

Druckerei  
Tagesblatt Rieser  
Grosser Nr. 20  
Postfach Nr. 52

Das Rieser Tagesblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1530.  
Strohkasse:  
Rieser Nr. 52.

Nr. 273.

Dienstag, 24. November 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Wintereins von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtung! Anzeigenbelegblätter an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorforderung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Rieser. Geschäftskonto: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

## „In eigener Verantwortung“

Vom Wirtschaftsbeirat zum Winterprogramm.

Die Schlussfizierung des Wirtschaftsbeirates, die eigentlich einen feierlichen Charakter erhalten sollte, ist rasker und unriedlicher vorübergegangen, als selbst Bestimmten erwarteten. Die halbamtliche Verlautbarung verdrängt den Hinterspalt, der sich aufstaut, nur unvollkommen. Nach den drei landwirtschaftlichen Vertretern machten auch die Vertreter der Gewerkschaften in letzter Stunde aus ihrer Auffassung kein Hehl. Das amtliche Fazit der Verhandlungen lautete: „In grundlegenden (lies: einigen) Fragen wurde eine gemeinsame Linie gefunden.“ Inoffiziell erklärte man auf Seiten der Gewerkschaften viel schärfer: „Eine Verständigung war nicht möglich. Die Gewerkschaften können deshalb auch den Schlussfolgerungen des Reichsanwalters nicht zustimmen.“

Die Schwierigkeiten, die zu diesem doppelten Ende führten, werden aus den Leitfragen erichtlich, in die Reichsanwalters Prüfung das Ergebnis der Verhandlungen zusammenfaßt. Die gleichzeitige Senkung von Preisen und Löhnen, wie sie durch das Winterprogramm herbeigeführt werden soll, hat mancherlei Problematisches an sich. Daß die Löhne gesenkt werden sollen, ist kaum zu bezweifeln. Ob die Preise gesenkt werden können, ist eine andere Frage. Die Regierung denkt an eine Umfassung besonders der gebundenen Preise an ein neues Preisniveau. Aber die Methoden „freiwilliger Zustimmung“ der Interessenten erinnern bedenklich an jene mehr unwilligen als freiwilligen Auseinandersetzungen, die noch jüngst bei dem Kampf um den Berliner Brotpreis zu beobachten waren. Das gleiche gilt von den örtlichen Ausschüssen, die gegen die allzu hohe Spanne zwischen Erzeugerpreisen und Kleinhandels- und Großhandelspreisen Front machen sollen. Man weiß nicht recht: Sollen durch solche Eingriffe die Lebensmittelpreise gesenkt oder sollen die bisherigen Preise aufrecht erhalten werden und nur Verschiebungen innerhalb der Handelskette vorgenommen werden. Das englische Beispiel, auf das dabei verwiesen wird, ist sehr verführerisch. Leider leben wir in Deutschland und nicht in England. Von der dortigen gentlemanly Marktdisziplin ist bei uns wenig zu spüren. Wichtig ist, daß die Regierung nicht an eine Aufhebung der Tarifverträge denkt. Die veränderte Handhabung des Schlichtungswesens, die der Wirtschaftsbeirat vorschlägt, ist aber keine Neuerung. Sie ist in der Praxis bereits fast überall durchgeführt.

Auf dem Gebiet von Kredit und Zins nehmen die Leitfragen des Wirtschaftsbeirates noch einmal die umstrittenen Fragen der letzten Zeit auf. Man will, wie es scheint, dem überhöhten deutschen Zinsniveau mit Macht zu Leibe gehen. Besonders denkt man an eine rücksichtslose Beschneidung des zur großen Mode gewordenen Risikoaufschlages. Wie sich allerdings die Senkung des Zinsniveaus auf dem Kapitalmarkt vollziehen soll, darüber gingen die Meinungen auseinander. Hier wird das Winterprogramm erst endgültig Marst zu schaffen haben. Etwas dunkle Worte finden sich über eine Kreditausweitung durch die Reichsbank. Die Voraussetzungen, die dafür gemacht werden, befragen nicht mehr und nicht weniger als eine gültige Einigung Deutschlands mit seinen privaten und staatlichen Auslandsgläubigern. Da eine solche Einigung vorläufig noch Zukunftsmusik ist, wird man auch die Kreditöffnungen möglichst niedrig spannen. Man muß sagen: Leider! Gerade die positiven Maßnahmen für eine wirkliche Linderung der Arbeitslosigkeit hängen mit diesen Kreditfragen auf das engste zusammen.

Erfreulich ist der Nachdruck, mit dem sich Wirtschaftsbeirat und Reichsregierung für eine Senkung der öffentlichen und privaten Tarife einsetzen. Man wird aber auch hier erst genaue Bestimmungen abwarten müssen, ehe man seine Genugtuung äußert. Es klingt sehr schön, wenn auf die zuständigen Landes- und Kommunalbehörden zwecks Senkung der Straßenbahn-, Gas- und Elektrizitätstarife eingewirkt werden soll. Ob bei einer solchen Senkung sofort Mehreinnahmen herauspringen werden, ist nicht ohne weiteres positiv zu beantworten. Mit der Hauszinssteuer will der Wirtschaftsbeirat endgültig Schluss machen. Sie soll stufenweise abgebaut werden. Leider ist auch hier ein Widerfuß vorhanden. Die Mehreinnahmen müssen durch Mehreinnahmen auf anderen Gebieten wieder eingeholt werden. Das bedeutet aber eine Erhöhung der Umsatzsteuer, die im gegenwärtigen Augenblick alles andere als erfreulich wäre.

Es mag genügen, auf diese Hauptpunkte der Leitfragen hinzuweisen. Daß in den nächsten Tagen aus den verschiedenen Lagern ein Sturm gegen sie losbricht, ist kaum zu bezweifeln.

Am 7. Dezember tritt der beratende Sonderausschuss in Genf zusammen. Bis dahin muß das neue Winterprogramm fertig sein, ganz gleich, ob es in seinen Durchführungsbefimmungen weiten Kreisen gefällt oder nicht gefällt. Diese zeitliche Zwangslage ist für ein durchgreifendes Gesehewerk keineswegs erfreulich. Man muß sie aber hinnehmen und nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Reichsregierung in diesen 14 Tagen wirklich etwas Positives verordnet. Die Verantwortung, die auf ihr lastet, ist ungeheuer.

## Wedel bleibt sächsischer Landtagspräsident.

Wiederzusammentritt des Sächsischen Landtags.

(Dresden. Funkspruch.) Bei der heutigen Wahl des Landtagspräsidenten entfielen von 99 abgegebenen Stimmen 33 auf den bisherigen Präsidenten Wedel (SPD.), 26 auf Abg. Gentschel (Wirtschaftspartei), 23 auf Kunz (NSDAP.) und 11 auf Herrmann (APD.). Bei der Stichwahl zwischen Wedel und Gentschel wurden

92 Stimmen abgegeben. Hier von entfielen auf Wedel 36 und Gentschel 21, außerdem erhielten die Abgeordneten Kunz 14 und Herrmann 11 Stimmen. Nach dem Ergebnis der Stichwahl ist somit Wedel wieder zum Landtagspräsidenten gewählt.

## Reichsminister Schlange-Schöningen zur Ostfrage.

Haushaltsauschuß des Reichstags.

Berlin. (Funkspruch.) Der Haushaltsauschuß des Reichstages nahm in seiner heutigen Sitzung zunächst Berichte der ständigen Unterausschüsse über Organisation und Betrieb der Oststelle entgegen. Dann nahm Reichsminister Schlange-Schöningen in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für die Osthilfe zu längeren Ausführungen das Wort. Vorher hatte Abg. Stücken (Soz.) darauf hingewiesen, daß die Osthilfe ihre Ziele bisher nicht erreicht habe, weil die Voraussetzungen, die Beschaffung der nötigen Geldmittel, sich nicht haben verwirklichen lassen.

Reichsminister Schlange-Schöningen

legte seinen Standpunkt darüber dar, wie er sich für die Zukunft die Lösung der Fragen denke, die für die Wirtschaft, insbesondere die Landwirtschaft im Osten gerade jetzt zu existenzfragen geworden seien. Wenn die Pläne, die sein Amtsvorgänger aufgestellt habe, sich nicht hätten verwirklichen lassen, so liege das keineswegs an den Persönlichkeiten, die die Sache bearbeiteten, sondern lediglich an der Ungunst aller Verhältnisse, die eine Abwärtsentwicklung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit sich gebracht hätten, die mit Menschenkraft nicht mehr hätte aufgehalten werden können. Das Gebot der Stunde sei heute, den Blick in die Zukunft zu richten und alle Wege ausfindig zu machen, auf denen heute noch der Landwirtschaft im Osten Erleichterung und Hilfe gebracht werden könne.

Die von ihm erlassene Rotverordnung sei, so fuhr der Minister fort, von den verschiedensten Seiten angegriffen worden. Eines müsse er hier ausdrücklich sagen: Als er vor seinem Eintritt ins Kabinett die 1. Unterhaltung mit dem Reichsanwalt gehabt und ihm dargelegt habe, auf welche Weise er eine Aktion im Osten durchführen wolle und daß er es dabei für unbedingt notwendig gehalten hätte, daß der Reichsanwalt einige Monate Ruhe im Lande schaffen müßte, wenn überhaupt irgend eine geistliche Arbeit geleistet werden könnte, da habe der Reichsanwalt mit einem solchen Verständnis und mit einem solchen guten Willen das, was er ihm über die Agrarfrage dargelegt habe, entgegen genommen und sich mit einer solchen Entschlossenheit zur Hilfsbereitschaft erklärt, wo immer sich nur eine Möglichkeit dazu böte, daß es geradezu ein triviales Spiel sei, wenn man in der Agitation draußen im Lande ihm unterstelle, daß er nicht geneigt sei, der notleidenden Landwirtschaft zu helfen. Das, erklärte der Minister, müsse einmal mit aller Offenheit der klärenden Aktion landwirtschaftlicher und anderer Kreise gegenüber festgehalten werden.

Die Verhältnisse im Osten lägen heute so, daß nicht diejenigen Großbetriebe am gefährdetsten seien, die etwa am besten gewirtschaftet hätten, sondern diejenigen, die am besten gewirtschaftet hätten, die also den größten Kapitalumschlag anwiesen, und damit am härtesten in die Zinsmühle gekommen seien.

Die Krise beschränkte sich heute nicht nur auf den Grundbesitz, sondern genau so sehr auf die Bauernschaft und auf die Siedler. Während man früher, wenn man von einer großzügigen Ostpolitik sprach, eine Besiedlung des Ostens im Auge hatte, sei heute eine rückläufige Bewegung, eine Entsiedelung, ein Abströmen der Menschen vom Osten festzustellen. Nicht nur aus volkswirtschaftlichen, sondern auch aus nationalpolitischen Gründen sei diese Entwicklung unerträglich. Zu der wirtschaftlichen Lage komme noch, daß die Menschen draußen durch parteipolitische Agitation wild gemacht werden, bis sie ganz den Kopf verlieren, und das in einer Zeit, wo es darauf ankomme, die Nerven zu behalten. Aus diesem Grunde habe er durch die Rotverordnung dem unerträglichsten Zustande ein Ende zu machen sich bemüht, daß die Landwirte jeden Tag vom Gerichtsvollzieher bedrängt werden.

Zum Inhalt der Rotverordnung übergehend, legte der Minister dar, daß das Gebot der Stunde sei, die Befestigung der Landwirtschaft im Osten sicher zu stellen, wolle man nicht Gefahr laufen, daß der ganze Produktionsapparat zum Stillstand gebracht werde mit allen Folgen, die sich nicht nur für die Ernährung, sondern auch für die ganze staatspolitische Lage unseres Volkes in schlimmster Weise auswirken würde. In den letzten Tagen habe er Verhandlungen mit den Kreisen, die sich durch die Rotverordnung betroffen fühlten, ge-

habt, namentlich mit der Kaufmannschaft, dem Handel und den Genossenschaften, denen er angelaut habe, daß alle Wünsche, die von dieser Seite vorgebracht werden, berücksichtigt werden sollten, soweit das nur irgendmöglich sei und daß in den Ausführungsbestimmungen alles das ausgenutzt werden solle, was für diese Kreise von Lebensnotwendigkeit sei. Eine Hilfe könne dem Osten nur gebracht werden, wenn alle Kreise, die in irgendwelcher wirtschaftlichen Beziehung dazu stehen, mit dem gleichguten Willen sich zur Mitarbeit bereitfinden; es gehe aber nicht an, eine Aktion auf dem Rücken eines einzelnen Berufsstandes auszutragen.

Von seiner ersten Absicht, führte der Minister weiter aus, zunächst einmal eine Stillhalteaktion für den Osten durchzuführen und dann eine zweite Rotverordnung mit dem Um- bzw. Neuaufbau der landwirtschaftlichen Entschuldung zu erlassen, sei er abgekommen, weil er einen bestimmten Endtermin für die Entschuldung hätte festsetzen müssen und weil dann, wenn dieser Termin eingetreten sei, ein Ansturm der Gläubiger erfolgt wäre, dem die Landwirte nicht hätten standhalten können. Auch habe er ein glattes Moratorium, worauf die erste Aktion hinausgekommen wäre, nicht erlassen wollen. Das Stillhalten bestche sich nunmehr auf die Betriebe, bei denen es wirklich notwendig sei. Jetzt handele es sich darum, den Umfang der Stillhalteaktion zu umreißen. Auf die Mitarbeit der preussischen Landräte könne er dabei nicht verzichten. Man möge aber dabei alle kleinsten Bedenken außer acht lassen, daß die Landräte etwa sich von parteipolitischen Gesichtspunkten leiten ließen. Wenn man einen Erfolg mit den neuen Maßnahmen erzielen wolle, sei der gute Wille und die ehrliche Mitarbeit aller Beteiligten unbedingt Voraussetzung. Alle Verzweifelungen müßten nur mit dem Untergang wertvoller Existenzen bezahlt werden.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erklärte der Minister, er hoffe, daß die Arbeit der Osthilfe sich nicht mehr über Jahre, sondern über Monate erstrecken werde. Um dieses Tempo hineinzubringen, brauche er den Druck sowohl auf die Schuldner wie auf die Gläubiger, den die Rotverordnung ausübt. Man habe über die Eingriffe in die Rechte der Gläubiger geklagt und man habe hier von wohl-erworbenen Rechten gesprochen. Wie sieht es mit den sog. wohl-erworbenen Rechten der Beamten und wie sieht es, daß man Rechte zu bewahren, die in einer ganz anderen Zeit unter ganz anderen Voraussetzungen entstanden sind, wäre verfehlt. Wenn man den Arbeitern einen Lohnabbau zumute, dann könne man auch nicht davor zurücktreten, den überhöhten Zinsfuß als unerträglich anzusehen.

Der Minister lehnte entschieden ab, irgendwelche Reichsgelder zu verwenden für Großbetriebe, die den modernen volkswirtschaftlichen Anforderungen nicht genügen. Überall dort, wo Wirtschaftsformen bestehen, die heute nicht mehr zeitgemäß sind, will der Minister eine Siedlungs- bzw. Umformung des Stiles anzuzeigen. Land hätten wir genug. Es handele sich nur um die Rentabilität der Siedler. Es komme nicht darauf an, dem Siedler schöne Steinhäuschen hinzubauen, mit allem möglichen Komfort, schöne Ställe, die sehr hübsch aussehen und deren Erhaltung dann sehr teuer ist. Es ist viel richtiger, wenn der Siedler sich das alles schafft und aufbaut nach seinen eigenen Bedürfnissen.

Der Siedler müsse wissen, daß er auf dem Feld, auf dem er nun angelaut ist, sitzen bleiben könne, er müsse so gestellt werden, daß er aus seiner Siedlung eine Rente herauswirtschaften könne. Daß die Gläubiger mit allen Maßnahmen der Rotverordnung nicht einverstanden seien, sie sogar heftig bekämpfen, sei natürlich. Die führenden Kreditinstitute hätten der Reichsregierung verständnisvolle Mitarbeit bei der Durchführung des Moratoriums zugesichert. Eine Zusammenarbeit aller Berufsstände zur Erhaltung der kranken Betriebe sei dringend notwendig, damit nicht im nächsten Jahr zu wirtschaftlichen und politischen Sorgen akute Ernährungsschwierigkeiten hinzukommen.

Der Minister forderte dann Handel und Genossenschaften auf, an den Ausführungsbestimmungen durch praktische Vorschläge und Hinweise auf Vermeidung von Schäden mitzuarbeiten. Die Aktion sehe er nicht von heute auf morgen an, er sehe sie auch nicht als reine Hilfsaktion für die Landwirtschaft des Ostens an, sondern er betrachte sie auch von nationalpolitischem Standpunkt aus, daß dort im schwerge-lährdeten Osten ein neuer organischer Aufbau deutschen Menschentums zur Wahrheit werde.